



# **Niederschrift**

## **Finanzausschuss**

20. Wahlperiode – 14. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Dezember 2022, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Tobias Koch (CDU), in Vertretung von Ole-Christopher Plambeck

Peter Lehnert (CDU), in Vertretung von Hauke Hansen

Sönke Siebke (CDU), in Vertretung von Patrick Pender

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

### **Fehlende Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Vorbereitung einer neuen Vereinbarung mit Hamburg über die Einnahmen aus dem Hamburger Baggergut</b>	<b>4</b>
	Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 20/397	
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zum Umgang mit coronapositiv getesteten Beschäftigten im Landesdienst nach Ende der Isolationspflicht</b>	<b>6</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 20/449	
<b>3.</b>	<b>Beschluss über den Entnahmeplan für den Versorgungsfonds für Abgeordnete</b>	<b>7</b>
	Vorlage der Landtagsverwaltung Umdruck 20/423	
<b>4.</b>	<b>„Unterstützungsprogramm für Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen“ des 8-Punkte-Entlastungspakets vom 6. September 2022 Umsetzung des Punktes 7 für Schulen Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 8 Absatz 22 Satz 3 Haushaltsgesetz 2022</b>	<b>8</b>
	Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/469	
<b>5.</b>	<b>Umsetzung von Mitteln aus Einzelplan 11 für Zahlungen der Quarantänezeiten nach dem Infektionsschutzgesetz</b>	<b>9</b>
	Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 20/417	
<b>6.</b>	<b>Nachtragshaushalt</b>	<b>10</b>
	Vorlage der Landesregierung Drucksache 20/465	
<b>7.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
	Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 20/386	
<b>8.</b>	<b>Information/Kennntnisnahme</b>	<b>12</b>
	Umdruck 20/440 – Versorgungsfonds Halbjahresbericht	
<b>9.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, Umdrucke 20/438 und 20/439 (UKSH) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

**1. Vorbereitung einer neuen Vereinbarung mit Hamburg über die Einnahmen aus dem Hamburger Baggergut**

Schreiben des Landesrechnungshofs  
[Umdruck 20/397](#)

Der Finanzausschuss nimmt einen Bericht von Umweltstaatssekretärin Günther entgegen.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer zitiert den einstimmigen Landtagsbeschluss vom 21. Mai 2021 (Drucksache 19/2950):

„Der Finanzausschuss teilt die Feststellungen des Landesrechnungshofs. Er bittet das MELUND bis zum 30. September 2021 um einen Entscheidungsvorschlag, wie die Zahlungen aus künftigen Vereinbarungen mit Hamburg unter Wahrung der Kontroll- und Entscheidungsrechte des Parlaments über den Landeshaushalt vereinbart und verwendet werden können.“

Umweltstaatssekretärin Günther verweist auf den Zeitplan für das Zulassungsverfahren zur zukünftigen Verbringung von Baggergut bei Tonne E 3 und die Gestaltung einer Vereinbarung mit Hamburg zu zukünftigen Zahlungen und die Errichtung eines Sondervermögens, Umdruck 19/6718. Weil Hamburg bisher keinen Antrag zur zukünftigen Verbringung von Baggergut bei Tonne E 3 gestellt habe, verschiebe sich der Zeitplan entsprechend. Im Moment liefen die Verhandlungen zwischen ihr und dem Staatsrat der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Innovation. Grundlage sei das Eckpunktepapier aus dem Jahr 2016. Sie sei zuversichtlich, dass es wieder zu einer freiwilligen zusätzlichen Zahlung von Hamburg kommen werde, und habe bisher kein Signal, dass Hamburg gegen die Errichtung eines Sondervermögens sei.

Der Finanzausschuss bekräftigt seinen Beschluss, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag über die Verwendung der Mittel des geplanten Sondervermögens entscheidet und die Landesregierung den Finanzausschuss über den Stand der Verhandlungen mit Hamburg beziehungsweise neue Entwicklungen unaufgefordert informiert.

Staatssekretärin Günther stellt klar, dass der Landtag mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs für ein Sondervermögen über die Zweckbestimmung der Mittel entscheide. Inwieweit Hamburg mitbestimmen wolle, wofür seine freiwilligen Zahlungen eingesetzt würden, sei Gegenstand der laufenden Gespräche.

Auf Antrag der Abgeordneten Herdejürgen setzt der Finanzausschuss die Beratungen in vertraulicher Sitzung fort.

(vertraulicher Sitzungsteil von 10:20 bis 10:30 Uhr)

**2. Bericht der Landesregierung zum Umgang mit coronapositiv getesteten Beschäftigten im Landesdienst nach Ende der Isolationspflicht**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Umdruck 20/449](#)

Abgeordnete Raudies fragt, ob coronapositiv getestete Beschäftigte ohne Krankheitssymptome zur Arbeit gehen müssten und welche Folgen oder Ansprüche sich ergäben, wenn sich ein Kollege infiziere (zum Beispiel zwei Polizisten in einem Streifenwagen).

Minister Schrödter, Chef der Staatskanzlei, antwortet, für die Beschäftigten des Landes gälten die gleichen Vorschriften wie für alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land. Die Arbeitsschutzverordnung sehe keine Vorgaben zur Isolation von coronapositiv getesteten Beschäftigten vor. Wer seine Dienstpflicht nicht erfülle, habe mit den üblichen Konsequenzen zu rechnen; das gelte bei Corona wie bei jeder anderen Krankheit. Auch beim Beispiel der zwei Polizisten in einem Streifenwagen würden die bestehenden Regelungen für Erkrankung während des Dienstes angewendet (Prüfung im Einzelfall). Der Arbeitgeber sei verpflichtet, für die individuellen Arbeitsplätze spezielle Gefahrenbeurteilungen vorzunehmen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden kündigt er an, dem Finanzausschuss Anfang 2023 einen schriftlichen Bericht über die Erfahrungen und Auswirkungen flexiblen Arbeitens zuzuleiten.

**3. Beschluss über den Entnahmeplan für den Versorgungsfonds für Abgeordnete**

Vorlage der Landtagsverwaltung  
[Umdruck 20/423](#)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Entnahmeplan gemäß [Umdruck 20/423](#) anzunehmen.

**4. „Unterstützungsprogramm für Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen“ des 8-Punkte-Entlastungspakets vom 6. September 2022  
Umsetzung des Punktes 7 für Schulen  
Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 8 Absatz 22 Satz 3  
Haushaltsgesetz 2022**

Vorlage des Bildungsministeriums  
[Umdruck 20/469](#)

Abgeordnete Krämer setzt sich dafür ein, den Titel „Zuweisungen an kommunale Träger von Schwimmhallen zu den Betriebskosten“ in „Zuweisungen an kommunale Träger von Schwimmstätten zu den Betriebskosten“ zu ändern, damit auch Freibäder eine Unterstützung erhielten, in denen im Sommer ein Großteil des Schwimmunterrichts stattfindet. – SPD und SSW unterstützen eine Ausweitung der Bezuschussung auf Freibäder.

Frau Lehnert, Mitarbeiterin im Bildungsministerium, macht darauf aufmerksam, dass man für eine Aufnahme von Freibädern, deren Beheizung besonders teuer sei, eine neue Abfrage durchführen und eine neue Berechnung anstellen müsse, die Zeit koste.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden vertagt der Finanzausschuss die Beschlussfassung auf den 15. Dezember 2022, 13:30 Uhr. Er bittet die Landesregierung, bis dahin eine neue Beschlussvorlage vorzulegen.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung mitzuteilen, welche Schwimmstätten bezuschusst würden.

Abgeordneter Koch legt Wert darauf, dass nur die Schwimmstätten bezuschusst würden, die tatsächlich geöffnet seien und in denen Schulschwimmunterricht stattfindet.

Abgeordnete Krämer schlägt vor, die Summe der FAG-Mittel für das Jahr 2023 um 3 Millionen Euro aufzustocken.

**5. Umsetzung von Mitteln aus Einzelplan 11 für Zahlungen der Quarantänezeiten nach dem Infektionsschutzgesetz**

Vorlage des Sozialministeriums

[Umdruck 20/417](#)

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung.

## **6. Nachtragshaushalt**

Vorlage der Landesregierung

[Drucksache 20/465](#)

Übersendungsschreiben der Landtagspräsidentin

[Umdruck 20/484](#)

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies sagt Finanzstaatssekretär Rabe zu, dem Finanzausschuss noch in diesem Jahr einen groben Überblick über die geplante Verwendung der Mittel des Notkredits zu geben.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW in Abwesenheit der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Nachtragshaushalt unverändert anzunehmen.

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/386](#)

(überwiesen am 23. November 2022 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

– Verfahrensfragen –

Der Finanzausschuss schließt sich der vom federführenden Ausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an.

**8. Information/Kennntnisnahme**

[Umdruck 20/440](#) – Versorgungsfonds Halbjahresbericht

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung, 8. Dezember 2022, vertagt.

## **9. Verschiedenes**

Nächste Sitzungen:

8. Dezember 2022, 10 Uhr Finanzausschuss, 12 Uhr Beteiligungsausschuss

15. Dezember 2022, 13:30 Uhr (in der Mittagspause des Plenums) Finanzausschuss

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Lars Harms  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer